

Mit dem Betreuungsgeld setzt die neue Regierung auf die Familie und auf die Selbstorganisation von Eltern

Platz für Bürgerinitiative

Von Gerd Held

Es war eine bemerkenswerte Fehlleistung, die eine Berliner Tageszeitung in ihrem Bericht über das neue Betreuungsgeld produzierte. Da prangte neben der Überschrift „Scharfe Kritik am Betreuungsgeld“ ein Foto mit drei Kindern, die gemeinsam mit einer jungen Frau ein Bilderbuch betrachteten. Unter dem Foto war zu lesen: „Frühe Integration. Krippen in Kitas sollen das Miteinander von Kleinkindern rechtzeitig fördern.“ Der Leser musste den Eindruck bekommen, dass nur die Kindertagesstätten in der Lage seien, für das Miteinander der Kinder zu sorgen. Hingegen würden dort, wo Betreuungsgeld an die Eltern gezahlt wird, die Kinder vereinzelt. Sie müssten allein zu Hause bleiben. Betreuungsgeld, so wird hier suggeriert, bedeutet eine einsame Kindheit. Eine größere Kinder-Welt ist nur in der Obhut des Staates zu haben. Ganz in diesem Sinne erklärte der Neuköllner Bildungsstadtrat Wolfgang Schimmang (SPD), das Betreuungsgeld sei vielleicht „am Tegernsee“ sinnvoll, „aber doch nicht in Wedding oder Neukölln“. Mit anderen Worten: Die Obhut der Eltern ist allenfalls etwas für ländliche Gebiete, während in den Großstädten die öffentliche Hand die Kinder zusammenführen muss.

Hier wird ein Gegensatz konstruiert, den man sich merken muss. Bürgerlichkeit wird mit einem isolierten Einzeldasein gleichgesetzt, der Bürger ist immer nur der eigennützigste, individuelle Privatmann. Hingegen sollen alle Werte der Gemeinsamkeit, alle Möglichkeiten der Integration, alles weitsichtige Handeln nur der öffentlichen Hand zu Eigen sein – also dem Staat gehören, einschließlich der halbstaatlichen Großorganisationen der Kirchen und

der Sozialverbände. Diese ideologische Gegenüberstellung wird in der kommenden Legislaturperiode noch öfter eine Rolle spielen. Sie wird eine zentrale Oppositionslüge werden.

Wer die Karten zwischen Bürgern und Staat so verteilt, nimmt den Menschen die Wahlmöglichkeit. Wer würde denn ernsthaft für sein Kind eine solche Vereinzelung wollen? Wer würde auf der elterlichen Obhut beharren, wenn diese in einem ganzen Stadtteil als asozial gebrandmarkt wird? Gewiss gibt es gute Gründe, ein starkes staatliches Angebot von Krippenplätzen bereit zu halten. Aber es gibt auch gute Gründe, die Rolle der Eltern zu stärken. Es kommt auf die Situation an. Davon gibt es viele verschiedene in einer Stadt – auch in den „Problemstadtteilen“. Also müssen Eltern auch die Eigeninitiative wählen können. Wenn jedoch die falsche Alternative „vereinzelt bei den Eltern“ oder „gemeinsam beim Staat“ aufgebaut wird, lauert Gefahr. Wer seinen Kindern einen Weg mit vielen Anregungen und wachsender Selbständigkeit öffnen will, gerät in die Mühlen des Staatsmonopols. Er gerät in die großen Tarifkonflikte, wie beim Kita-Streik. Er gerät in die Erziehungsschemata, die jede Großorganisation im Namen der Gleichheit ganz zwangsläufig entwickelt. Auch hat er es kaum in der Hand, wie der Staat seine Sorgfaltspflicht erfüllt. Vielleicht würde er sich dennoch dafür entscheiden. Oft würde er aber auch eine Alternative suchen.

Das Betreuungsgeld ist ein Beitrag zur Wahlfreiheit. Das gilt allerdings nur, wenn Eltern aus der Vereinzelung herausfinden. Dafür gibt es sehr viele Formen, angefangen von der gelegentlichen Betreuung

durch Verwandte oder Freunde bis hin zu Spielplatzgruppen oder gemeinsam engagierten Tagesmüttern. Und warum sollte es nicht eine Renaissance der Kinderläden geben, diesmal unter bürgerlichem Vorzeichen? So können die Bürger die Behauptung selbst widerlegen, sie seien nur Eigenbrödler. Wer sagt denn, dass die Eltern das Betreuungsgeld nur einzeln ausgeben dürfen?

Dies ist eine Herausforderung, die über der gesamten Legislaturperiode der neuen Koalition geschrieben stehen wird. Ihre Politik – bei Kindererziehung, Altenpflege, Arbeitsmarkt oder innerer Sicherheit – wird nur gelingen, wenn sie in der Öffent-

lichkeit ein Gegenüber findet, dass mehr ist als eine anonyme Ansammlung von Einzelinteressen. Bürger können aus freien Stücken Gemeinschaften bilden. Viele, unterschiedliche Gemeinschaften, die nicht in den großen Verbänden und „Gipfeln“ aufgehen. Überschaubare Gemeinschaften, die in mancher Hinsicht vergrößerte Familien sind. Da wird nicht die reine Liebe regieren, oft braucht man viel Toleranz und Geduld. Das ist der Preis einer echten Mitgestaltung und Wahlfreiheit. Nur eine Renaissance der Bürgerinitiativen kann die fatale Alternative zwischen Einzelbürger und Gemeinschaftsstaat auflösen.

(Manuskript vom 29.10.2009, erschienen als Leitartikel in der Tageszeitung „Die Welt“ vom 4.11.2009 unter der Überschrift „Bürger und Staat mischen die Karten neu“)